

# UNIVERSITÄTSSTADT TÜBINGEN

## BEBAUUNGSPLAN "HASENBÜHL"

TÜBINGEN. DEN 5. NOV. 1986/6. APRIL 1987  
BÜRGERMEISTERAMT

IV

BÜRGERMEISTER

STADTPLANUNGSAMT

STADTBAUDIREKTOR

TIEFBAUAMT

STADTBAUDIREKTOR

STADTMESSUNGSAMT

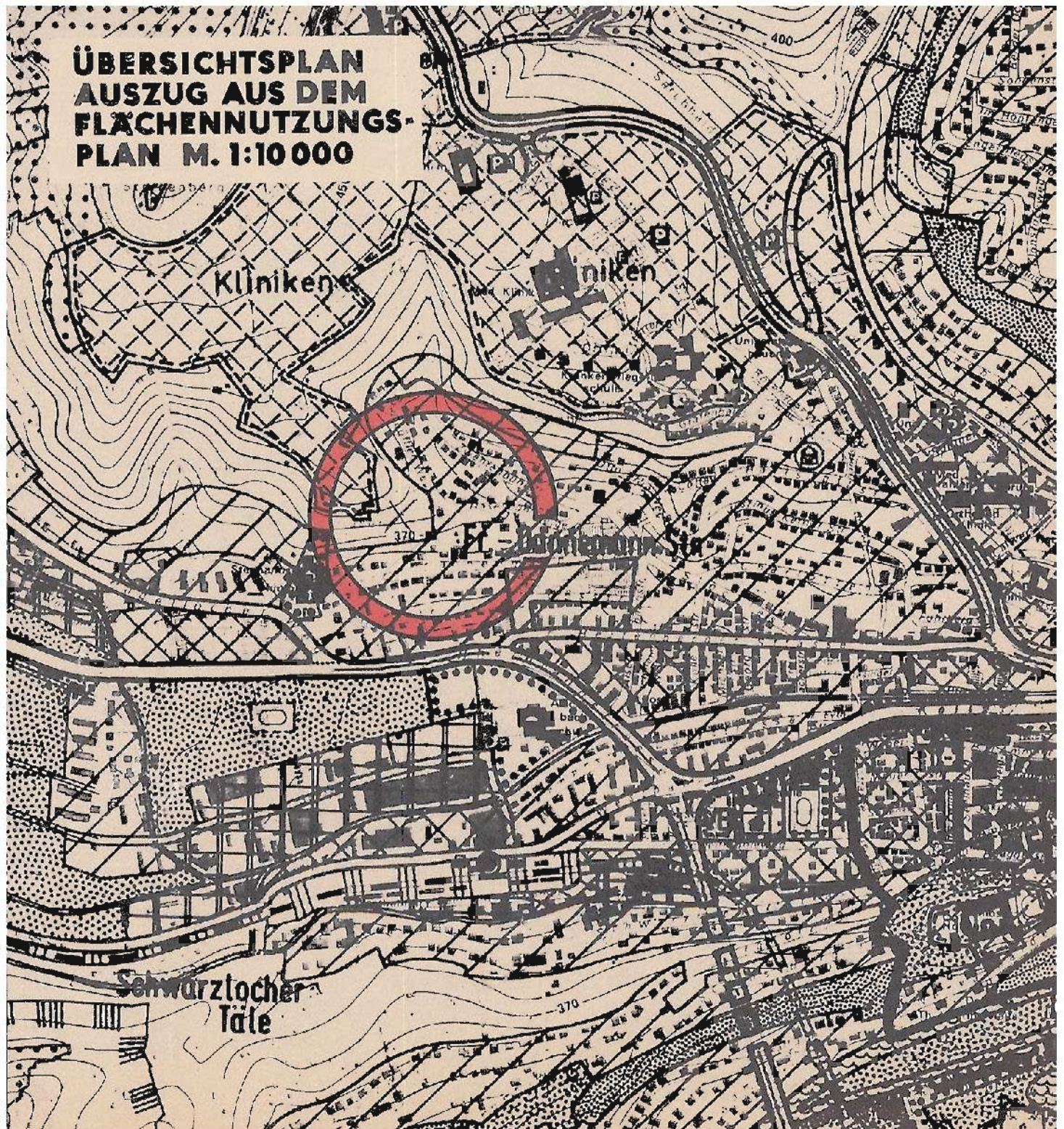
STADTVERMESSUNGSDIREKTOR  
STADTOBERVERMESSUNGSRAT

SACHBEARBEITER: SAILE

390



**ÜBERSICHTSPLAN  
AUSZUG AUS DEM  
FLÄCHENNUTZUNGS-  
PLAN M. 1:10 000**





## **TEXTLICHE FESTSETZUNGEN:**

### **A. Planungsrechtliche Festsetzungen zum Bebauungsplan "Hasenbühl"**

Nach § 9 Abs. 1 Bundesbaugesetz (BBauG) in der Fassung vom 18.08.1976 (BGBl.I.S. 2256) mit den Änderungen der Beschleunigungsnovelle vom 06.07.1979 (BGBl.I.S. 949) in Verbindung mit den §§ 1 - 27 der Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung vom 15.09.1977 (BGBl.I.S. 1763) werden folgende Festsetzungen getroffen:

1. Art der baulichen Nutzung  
(§ 9 Abs. 1 Ziff. 1 ~~und 9~~ BBauG und §§ 1 - 15 BauNVO)
  - 1.1 Reines Wohngebiet  
In Anwendung von § 3 Abs. 4 BauNVO sind für das Wohngebäude max. 2 Wohnungen zulässig. ~~(Siehe Planeintrag)~~.
  - 1.2 Allgemeines Wohngebiet  
In Anwendung von § 1 Abs. 5 BauNVO sind die Ausnahmen nach § 4 Abs. 3 Ziff. 4, 5 und 6 nicht zulässig.
2. Maß der baulichen Nutzung  
(§ 9 Abs. 1 Ziff. 1 BBauG, §§ 16 - 21a BauNVO)  
(Siehe Planeintrag)
3. Bauweise  
(§ 9 Abs. 1 Ziff. 2 BBauG und § 22 BauNVO)  
(Siehe Planeintrag)
4. Stellung der baulichen Anlagen  
(§ 9 Abs. 1 Ziff. 2 BBauG)  
Wie im Plan angegeben, wird die Stellung der baulichen Anlagen durch die dargestellte Firstrichtung festgelegt.
5. Nebenanlagen  
(§ 9 Abs. 1 Ziff. 4 BBauG und § 14 BauNVO)  
Nebenanlagen, die nicht der Versorgung dienen und Gebäude im Sinne von § 2 (2) LBO sind, können bis zu einer Größe von 15 cbm zugelassen werden.
6. Flächen für Stellplätze und Garagen  
(§ 9 Abs. 1 Ziff. 4 BBauG)  
Im WR-Gebiet sind Garagen nur auf der festgelegten Garagenfläche, auf der überbaubaren Fläche und als unterirdisches Bauwerk zulässig.  
Im WA-Gebiet sind Garagen auch auf den nicht überbaubaren Flächen entsprechend § 23 Abs. 5 BauNVO in Verbindung mit § 7 Abs. 1 LBO zulässig.  
Stellplätze sind im WA- und WR-Gebiet auf den nicht überbaubaren Flächen zulässig.



7. Öffentliche Grünfläche

(§ 9 Abs. 1 Ziff. 15 BBauG)

Die öffentliche Grünfläche "Spielplatz" dient der Anlage eines Spielplatzes für Kinder.

8. Private Grünflächen

(§ 9 Abs. 1 Ziff. 15 BBauG, § 73 LBO)

Die "privaten Grünflächen" dienen der kleingärtnerischen Nutzung bzw. der Anlage von Wiesen und Obstbaumwiesen. Die bauliche Nutzung für Geschirrhütten<sup>st</sup> bis auf 15 cbm entsprechend dem Kleinbautenerlaß des Innenministeriums vom 21.11.1978 beschränkt. Die Geschirrhütten sind in Holz zu verkleiden und mit Satteldächern in Pfannen- oder Biberschwanzdeckung auszubilden.

9. Pflanzgebote

(§ 9 Abs. 1 Ziff. 25 BBauG)

Zur Schaffung eines Überganges zwischen der freien Landschaft und der Bebauung sowie einer Akzentuierung der Fußwegverbindung

werden Pflanzgebote für Einzelbäume sowie für Baum- und Buschgruppen festgesetzt.

8. Bauordnungsrechtliche Festsetzungen zum Bebauungsplan "Hasenbühl"

Auf Grund von § 8 Abs. 4 BBauG in Verbindung mit § 73 der Landesbauordnung für Baden-Württemberg (LBO) i.d.F. vom 28.11.1983 (GBl.S. 770) werden folgende bauordnungsrechtliche Festsetzungen getroffen:

1. Außenwände

Die Außenwände aller baulichen Anlagen sind nur in gedeckten, nicht glänzenden und nicht grellen Farben zulässig. Plattenverkleidungen ganzer Fassaden sind nicht zulässig.

2. Traufhöhen

Für die Hauptgebäude sind maximal zulässige Traufhöhen festgesetzt. (Siehe Planeintrag).

3. Dachgestaltung

Soweit im Plan eingetragen, sind die Dachformen für die Hauptbaukörper verbindlich.



## **VERFAHRENSVERMERKE:**

### **1. AUFSTELLUNGSBESCHLUSS**

Die **Aufstellung** des Bebauungsplanes wurde gemäß § 2 Abs. (1) Bundesbaugesetz (BBauG) vom Gemeinderat der Universitätsstadt Tübingen am .....**17. MARZ. 1986**..... in öffentlicher Sitzung beschlossen und am .....**12. APRIL 1986**..... öffentlich bekanntgemacht.

### **2. BÜRGERBETEILIGUNG**

Die Bürgerbeteiligung gemäß § 2a Abs. (1) BBauG erfolgte am .....**24. APRIL 1986**..... und in der Zeit vom ....**25. APRIL 1986**... bis **09. MAI 1986**.....

### **3. AUSLEGUNGSBESCHLUSS**

Der Gemeinderat der Universitätsstadt Tübingen hat am **06. APRIL 1987**... den Bebauungsplan als Entwurf gebilligt und dessen öffentliche Auslegung beschlossen.

### **4. ÖFFENTLICHE AUSLEGUNG**

Der Bebauungsplanentwurf hat mit Begründung gemäß § 2a Abs. (6) BBauG nach vorheriger ortsüblicher Bekanntmachung in der Zeit vom .....**25. MAI 1987**..... bis .....**26. JUNE 1987**... beim Bürgermeisteramt Tübingen öffentlich ausgelegt.

### **5. SATZUNGSBESCHLUSS**

Der Bebauungsplan wurde gemäß § 10 BauGB vom Gemeinderat der Universitätsstadt Tübingen in öffentlicher Sitzung am **16. NOV. 1987** als Satzung beschlossen.

### **6. ANZEIGE**

Der Bebauungsplan wurde gemäß § 11 BauGB dem Regierungspräsidium Tübingen zur Anzeige vorgelegt. Das Anzeigeverfahren wurde mit Verfügung vom **11. MARZ 1988** Nr. **22-32/412.1 - 1103/87** abgeschlossen.

### **7. INKRAFTTRETEN**

Die Durchführung des Anzeigeverfahrens wurde gemäß § 12 BauGB am **29. APRIL 1988** ortsüblich bekanntgemacht.

Mit dieser Bekanntmachung wurde der Bebauungsplan rechtsverbindlich.

DAS ANZEIGEVERFAHREN GEM. § 378<sup>3</sup> HGB WURDE  
UNTER AUFLAGEN MIT VERFÜGUNG VOM 11.3.1988  
Nr. 22-32/402.1-1103/87 ABGESCHLOSSEN

TÜBINGEN, DEN 11.3.88  
REGIERUNGSPRÄSIDIUM *Mab*



## **Tübinger Höhen**

Bei den Höhenangaben im zeichnerischen Teil des Bebauungsplans handelt es sich um Angaben im Tübinger Höhensystem.